Informationen – Nachrichten – Mitteilungen

POLIZEI REPORT

G 43095
ISSN 1433-0164
Nr. 49
März 2009

8 % - auch für Hessen !

In diesem Heft: Tarifverhandlungen
Wissenswertes

BEZIRKSGRUPPE NORDHESSEN IN DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI
POLIZEI-SOZIALHILFE HESSEN E.V. UND DER
PSG POLIZEI SERVICE GESELLSCHAFT MBH HESSEN

POLIZEI REPORT

**Informationen • Nachrichten • Mitteilungen
der Bezirksgruppe Nordhessen
der Gewerkschaft der Polizei
und der Polizeisozialhilfe Hessen e.V.
und der Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen**

www.gdp-hessen.de

Polizei Service Gesellschaft mbH PSG Hessen

**für die Bereiche Kassel,
Schwalm-Eder-Kreis, Werra-Meißner-Kreis
und Waldeck-Frankenberg**

Herausgeber:
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Tel.: (06 11) 9 92 27-0.
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:
POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit, Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:
Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:
A. Jochum

Redaktion:
Uwe Bartholmai (V.i.S.d.P.), Volker Zeidler, Simone Sauerländer, Peter Müller.
Bezirksgruppe Nordhessen der GdP,
Grüner Weg 33, 34117 Kassel
Vorsitzender: Volker Zeidler, Grüner Weg 33, 34117 Kassel. Tel. (05 61) 9 10 10 11, Fax 77 98 65

Druck und Verarbeitung: NK-Vertrieb GmbH, Abt. NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 15.12. Der Bezugspreis von 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.

Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.

ISSN 1433-0164

Aus dem Inhalt:

Angst essen Seele auf – Bericht über eine „etwas andere" Tagung **Seite 5**

Wo bleibt unser Personalersatz – zur Personalsituation in Nordhessen **Seite 7**

Ball der Polizei 2008 **Seite 9**

Im Dialog – die GdP trifft sich mit der Wachpolizei **Seite 10**

Mehr Kohle heißt die Parole – Aktionen zu den Tarifverhandlungen **Seite 11**

Das aktuelle Interview: LPD Jürgen Diehl **Seite 14**

Seminarangebote **Seite 15**

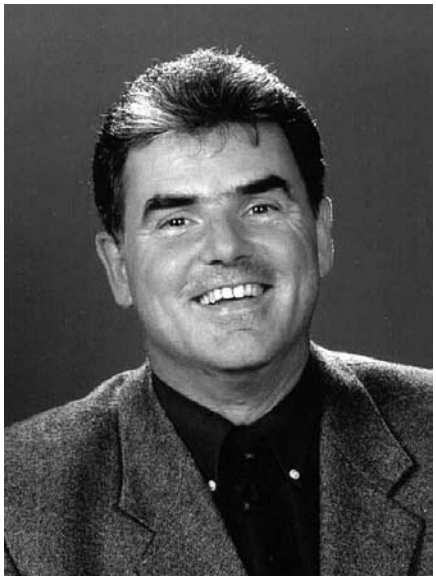
Senioren auf Tour – Angebot für den Sommer 2009 **Seite 17**

Rechtssprechung – Wichtiges Urteil des Bundesarbeitsgerichts **Seite 18**

Termine, Nachrichten **Seite 18**

Titelbildentwurf: Volker Zeidler

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



Volker Zeidler, Bezirksgruppenvorsitzender

Hessen hat gewählt. Nach fast einem Jahr des politischen Vakuums und unter einer geschäftsführenden Landesregierung haben wir erfahren müssen, dass es zwar für die Beschäftigten ein Klima des „Tauwetters" gab, in dem man durchaus auch zu Kompromissen bereit war, aber dass es trotz aller Bekundungen auch keine klaren Änderungen in der Situation der Landesbeschäftigten gab. Die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder ist der politischen Mehrheit nicht gelungen, weil sie zwar Beschlüsse fassen, aber nicht in das Regierungshandeln eingreifen konnte. Eine Verbesserung der Mitbestimmungsrechte ist zerredet worden und noch nicht einmal in eine politische Initiative gemündet. Die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit für Beamtinnen und Beamte ist gescheitert, weil man sich nicht einig wurde und die „Erbsenzähler" der Mehrheitsparteien sich die Argumentation der Landesregierung zu eigen gemacht hatten.

Das alles hat sein Ende. Jetzt herrschen wieder klare Verhältnisse. Mit der CDU Alleinregierung ist Schluss, jetzt muss koaliert werden. Meine feste Überzeugen dabei ist: Es wird Bereiche geben, beispielsweise in der Bildungspolitik, wo das Wirkung zeigen wird und das Klima besser wird.

Aber für den Bereich, für den wir streiten, für einen fairen Umgang der Landesregierung mit ihren Beschäftigten, da bleibt nur die Hoffnung, dass sich etwas bewegen wird.

Vielleicht hat sich ja die Einsicht durchgesetzt, dass es ein fataler Fehler war, immer gegen das eigene Personal Politik zu machen. Erste Anzeichen dafür, dass es besser für die Beschäftigten in der Polizei werden könnte, ist der Umstand, dass die personell miese Situation offensichtlich erkannt wurde und dass sich eine nachhaltige Verbesserung ergeben wird.

Damit könnte man ja auch bei der nächsten Wahl punkten: Schaut her, wir haben etwas gemacht, die technische Ausstattung auf dem Stand gehalten, vielleicht die Standards noch weiter ausgebaut und wir haben mehr Personal in die Polizei gebracht. Wie es uns Beschäftig-

ten, die schon seit Jahren und Jahrzehnten in der Polizei arbeiten, dabei ergeht, das interessiert in der Bevölkerung kaum jemanden. Weniger Geld für den öffentlichen Dienst – das findet Beifall. Denn das Vorurteil ist klar: Im öffentlichen Dienst wird ohnehin zu viel verdient. Länger arbeiten: Richtig so, die Beamtinnen und Beamten müssen mal auf „Zack gebracht werden". Genau das wird es sein, mit dem wir uns auseinander setzen müssen.

Erste Baustelle ist ganz sicher die Dienstrechtsreform. Partei- und fraktionsübergreifend hat man schon eine Arbeitsgruppe installiert, die für die Polizei ein neues Dienstrecht schaffen soll. Eine Besoldung „P" soll es werden, aber wie die aussieht, weiß noch niemand. Die Zulagen sollen integriert und Bestandteil des Gehaltes werden, was ja mit Blick auf die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage durchaus positiv zu werten wäre. Eine Straffung der Besoldungsgruppen soll es geben – wenn unter dem Strich dabei herauskommt, dass die derzeitige Besoldung sich noch etwas verbessert – haben wir damit kein Problem. Die Lebensarbeitszeit soll mit verhandelt werden, denn hier will man „mit der Rentenentwicklung" gleichziehen. Moderate Anpassungen könnte man ja noch akzeptieren, wenn die Zugehörigkeit zum Schichtdienst mit einfließt und zum vorzeitigen Pensionseintritt berechtigt.

Aber ich glaube, dass in der Zeit einer wirtschaftlichen Krise trotz gut gefüllter Kassen (die Steuereinnahmen 2008 waren so hoch wie nie) letztlich kaum eine spürbare Verbesserung herauskommen wird.

Wäre das Angebot, alle Zulagen gerecht in die Besoldung einfließen zu lassen, ernst gemeint, hätte man wie Bayern doch eine Aussetzung der Streichung der Polizeizulage bis zur Umsetzung des neuen Dienstrechtes beschließen können. Das hat man aber nicht getan, sondern stur darauf beharrt: 1997 wurde von Manfred Kanther beschlossen, die Polizeizulage für die Pensionäre zu streichen und dabei bleibt es.

Man könnte ja auch in Bezug auf das Pensionsalter für Polizeibeamte gleich davon sprechen, dass Schichtarbeit besondere Berücksichtigung findet oder dass erklärtes Ziel eine Anpassung entsprechend dem Rentenmodell ist. Auch das hat man unterlassen. Die Versuchung, mit einer „harten Stichtagsregelung" Personal einzusparen, darf nicht unterschätzt werden.

Zeiten von wirtschaftlicher Rezession bedeuteten auch immer Opfer für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. In Zeiten prosperierender Wirtschaft klammerte man sich an die Zwänge zur Schaffung „ausgeglichener Haushalte" und schloss damit aus, dass die Forderungen des Personals zu laut wurden.

Jetzt stehen in Hessen die nächsten Tarifverhandlungen an. Es wird eine harte Auseinandersetzung geben. In der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), die hessische GdP hat sich an der zentralen Protestkundgebung mit Warnstreik in Hannover beteiligt, sind sie schon fortgeschritten. Wenn die Forderung von 8 % durchgesetzt wird, dann werden wir die hessischen Verhandlungsführer an ihrem Wort messen. Denn vor der Wahl hatten gerade die Vertreter und Vertreterinnen der FDP gesagt: Wir wollen deshalb nicht zurück in die Tarifgemeinschaft der Länder, weil wir eine bessere hessische Lösung anstreben.

Dann schauen wir mal.

Volker Zeidler
Vorsitzender der GdP Nordhessen

„Angst essen Seele auf"

Bericht über eine etwas andere Tagung!

Etwas anders war diese Zusammenkunft, weil sie sich mit dem Thema ANGST auseinander setzte. Ein Thema, das in der Polizei doch eher vermieden wird. Als ich die Überschrift und den vorgesehenen Ablauf las, entschied ich spontan mich für die Tagung zu melden. Wie sich herausstellte war dies eine sehr gute Entscheidung.

In dem Artikel „Das Spiel mit der Angst" vertrat ich die Ansicht, dass zurzeit eine eher ängstliche und wenig vertrauensvolle Stimmung innerhalb der Polizei herrscht. Vor diesem Hintergrund war ich sehr gespannt, wie sich dies aus Sicht der angekündigte Psychoanalytiker, Seelsorger, Polizeipsychologen, Soziologen und natürlich den Tagungsteilnehmern darstellt.

Hier eine Zusammenfassung der Veranstaltung:

Unter der Leitung von Dr. Horst Meier, Studienleiter der Ev. Akademie Hofgeismar, und Landespolizeipfarrer, Kurt Grützner, fand in Hofgeismar Anfang Februar die Tagung zu dem Thema „Angst und deren Auswirkungen in der Gesellschaft und der Polizei" statt.

Diese Tagung war voll von hochinteressanten und zum Teil sehr nachdenklich machenden Vorträgen. So konnte der Psychoanalytiker, Horst Hilgers, in seinem Statement sehr genau herausarbeiten, dass Angst eine lebenserhaltende Emotion ist, zu viel Angst allerdings krank macht. Er stellte dies in einer natürlichen, verständlichen und sehr praxisnahe Weise dar.

Die psychologischen Hintergründen der Angst und deren Auswirkungen erläuterten Manuela Hesser und Dorothea Pfützner, vom ZPD der Hessischen Polizei. Sie hatten die Thematik sehr gut aufgearbeitet und boten sie in verständlicher Form dar. Ihre Kenntnisse aus dem polizeilichen Alltag flossen in den Vortrag mit ein.

Auch der Landespfarrer nahm Stellung zum Thema „Angst" aus ethischer Sicht. Unter dem Thema „Angsthase, Pfeffernase,……! ließ er keinen Zweifel daran, dass Angst aus ethischer Sicht natürlich vertretbar sei. Er wünsche sich allerdings mutige Polizisten. Das diese auch

mal der Mut verlassen könne, sei selbstverständlich. Gerade in solchen Fällen sei dann der professionelle Umgang mit der Angst gefragt.

Nachdem man sich dem Thema aus wissenschaftlicher Sicht – die allerdings sehr angereichert war mit praktischen Bezügen – genähert hatte, setzten sich nun zwei Referenten mit konkreten Beispielen auseinander.

Die Angst vor und die Bedrohung durch islamistischen Terrorismus stellte Hans-Peter Stiller, Leitender Kriminaldirektor des Staatsschutzes beim HLKA, in einem hochinformativen Vortrag dar. Sein Fazit: Es ist keine Frage ob, sondern nur wann und wo ein terroristischer Anschlag in Deutschland stattfinden wird.

Dr. habil. Friedrich Pohlmann, Privatdozent für Soziologie an der Universität Freiburg, skizzierte schließlich die Figur des Selbstmordterroristen. Nach seinen Erkenntnissen ist insbesondere der demographische Faktor ein wesentlicher Grund für den verstärkten islamistischen Terrorismus. Im Gegensatz zu den immer älter werdenden westlichen Kulturen, werde auch in den nächsten Jahren, die Anzahl der männlichen Islamgläubigen zwischen 18 – 25 Jahren zunehmen. Komme in dieser Altersgruppe noch eine gewisse Alternativlosigkeit hinzu, so sei dies – im Zusammenhang mit dem im Islam noch stark verwurzelten Märtyrertum – ein guter Nährboden für „Selbstmordattentäter"!

In diesem Bericht können natürlich nur Schlaglichter der Tagung aufgezeigt werden. Allerdings zeigen diese wie vielfältig und intensiv sich mit dem Thema auseinandergesetzt wurde.

Die geführten Diskussionen und die Ergebnisse der Arbeiten in verschiedenen Arbeitsgruppen zeigten wie wichtig ein offener und professioneller Umgang mit dem Thema ist. Weiter stellten die Gruppen fest, dass gerade in Institutionen, die für die Sicherheit der Bürger verantwortlich sind, dieses Thema nicht tabuisiert werden darf. Um dies erreichen zu können, ist Vertrauen gefragt. Selbstvertrauen, Vertrauen zu den Kollegen, zu den Vorgesetzten und zu der Institution selbst.

Polizeiseelsorger Kurt Grützer, Leitender Kriminaldirektor Hans-Peter Stiller und der Studienleiter der Ev. Akademie Hofgeismar Dr. Horst Meier

Gerade hinsichtlich der Organisation „Polizei" wurde über die institutionalisierte Angst diskutiert. Es wurde bedauert, dass offensichtlich auch heute noch mit Ängsten – nicht befördert zu werden, ein Disziplinarverfahren zu bekommen ...- gearbeitet wird. Wenn jedoch der einzelne Polizeibeamte vertrauensvoll, mutig und professionell mit Angst umgehend Agieren soll, so ist es erforderlich, dass die Institution d. h. auch der einzelnen Mitarbeiter in dieser so handelt! Natürlich durfte bei der gewählten Überschrift auch die Vorführung des Fassbinderfilms „Angst essen Seele auf" nicht fehlen.

Abschließend sei auf die sehr weltlichen Andachten von Kurt Grützner hingewiesen. Unter den Themen „In der Welt habt ihr Angst…!" und „…ich habe die Welt überwunden" brachte er das Thema in religiösen Zusammenhang. Aufgrund seiner unnachahmlichen Art stellte er sehr schnell einen Bezug zur Gegenwart her. Er zeigte deutlich, dass die größte Angst, die vor dem Tode ist! Niemand wisse seine Todesstunde…und dies sei gut so! Wir alle können uns aber jetzt und hier entscheiden, ob wir ein Leben im Vertrauen – auch auf Gott - leben wollen.

Mir persönlich zeigte die Tagung, wie wichtig der offene und professionelle Umgang mit dem Thema für die Institution, aber auch für jeden einzelnen Polizeibeamten ist.

Vor diesem Hintergrund wünsche ich mir, dass Berührungsängste insbesondere zwischen der polizeilichen / politischen Führung und den Berufsvertretungen abgebaut werden und wir in den nächsten Jahren wieder zu einer vertrauensvollen, konstruktiven, von einer vernünftigen Streitkultur getragenen Zusammenarbeit zurückfinden.

U. Bartholmai

Wo bleibt unser Personalersatz?

Zur Personalsituation beim PP Nordhessen

In den letzten Wochen hatten wir eine Flut von Aussagen zu der Personalsituation in unserer Behörde. Wer die Berichterstattung im einzigen nordhessischen Blatt verfolgte, konnte unter anderem dieses lesen:

„Polizisten immer älter und kränker" (HNA v. 20.01.09, GdP Nordhessen) „Das Jahr 2009 werde in der Tat nicht leicht" (HNA v. 20.01.09: – Zitat von Polizeipräsident Henning) „Endlich mehr Polizisten für Nordhessen" (HNA v. 21.01.09 - SPD-MdL Decker): „Hessens Polizei ist besser aufgestellt als je zuvor" (HNA v. 29.01.09 - CDU-MdL Kühne-Hörmann) und zuletzt „ Tatsache ist, dass im PP Nordhessen weit über 100 Stellen gestrichen worden sind" (HNA v. 03.02.09 PR-Vorsitzender Vestweber)

Während des Wahlkampfes zur Landtagswahl im Januar 2008 stritten die politischen Parteien und die Gewerkschaft der Polizei um die Frage, wie viel Polizei in Hessen vorhanden und ob es mehr oder weniger ist als 1999. Dieser Streit wurde auf Landesebene nicht beendet und auch nicht aufgelöst.

Zur Personalsituation beim Polizeipräsidium Nordhessen gibt es diesen Streit nicht. Im Grunde genommen sind sich alle darüber einig, dass

- **die Zahl der Polizisten, der Stellen und die Zahl der Tarifbeschäftigten in Nordhessen seit 1999 stark rückläufig sind und in diesem und im nächsten Jahr noch weiter abnehmen werden,**
- **es deutlich zuwenig Polizisten und Tarifbeschäftigte gibt, um die polizeilichen Aufgaben zur Zufriedenheit aller in der gleichen Art und Weise zu leisten wie bisher**

Offensichtlich wurden aus Sicht der betroffenen Beschäftigten in der Vergangenheit Fehler gemacht, die zu der schwierigen Personalsituation führten:

Zum einen wurden nicht in jedem Jahr die Einstellungszahlen der Polizeianwärter so hoch gehalten wie die Zahl der in Pension gehenden Kolleginnen und Kollegen, so dass beispielsweise im Frühjahr 2009 nur wenige Fachhochschulabsolventen ihr Studium beendeten und den Einzeldienst kaum verstärken konnten. Die Folge für Nordhessen war, dass die Versetzungsausschreibung zum 01.02.2009 zurückgenommen werden musste und damit gemäß Versetzungserlaß keine Kollegin bzw. Kollege nach Nordhessen versetzt wird.

Zum anderen leidet das PP Nordhessen besonders unter der Stellenstreichung der in den Jahren 2007 und 2008 in Ruhestand gegangenen POK und KOK (zur Erinnerung: 67 Stellen fielen allein der „Operation Sichere Zukunft" im Vollzug zum Opfer).

Nicht unerwähnt bleiben soll in diesem Zusammenhang, dass die Not des PP NH in Wiesbaden angekommen ist, denn seit 2007 versehen 13 abgeordnete Kolleginnen und Kollegen im Bereich der Flächendirektionen Dienst für die im Schichtdienst nicht ersetzten PVS-Abgänge. Diese Abordnungsmaßnahmen werden voraussichtlich in 2009 auslaufen.

Des Weiteren versehen seit Herbst 2008 23 Kolleginnen und Kollegen der IV. HBPA –TEE 49 in Kassel-Niederzwehren Dienst beim PP Nordhessen, weil deren Organisationseinheit vor der Auflösung steht. Eine Versetzung dieser Kollegen steht nun unmittelbar bevor.

Und dennoch: Wegen der nicht ausreichenden Einstellungszahlen in der Vergangenheit können wiederum nicht alle freien Stellen durch Versetzungen aus Südhessen ausgeglichen werden. Da in 2009 und 2010 erhebliche Pensionierungszahlen anstehen wird sich die enge Personalsituation nochmals verschärfen. Außerdem wurden in der Vergangenheit viele neue Aufgabenfelder auf die Polizeipräsidien übertragen, für die kein zusätzliches Personal zur Verfügung gestellt wurde (Jugendkoordinatoren, EG DNA, Schutzmann vor Ort, AG Mehrfach- u. Intensivtäter, Sokri, „Zürs", Internetkriminalität, u.a.). Wohlbemerkt sind das alles sinnvolle Einrichtungen, aber ohne Personalausgleich ist das alles nicht zu schaffen.

Und: Verstärkt kamen und kommen laufend außergewöhnliche Belastungen durch geschlossene Einsätze mit erheblichen Personalstärken hinzu. Dadurch steigen trotz Einführung der 42-Stunden-Woche die Mehrarbeitskonten, was ein deutliches Signal für zuwenig Personal ist, stark an.

Andere Felder der angespannten Personalsituation und –diskussion bedürfen ebenfalls der Bearbeitung und Lösung. Hier seien nur die Punkte Altersdurchschnitt und eingeschränkte Dienstfähigkeit genannt.

Der Personalrat und die Behördenleitung des PP Nordhessen sind aufgefordert hier in enger Abstimmung zusammen Überlegungen anzustellen. Mit intelligenten Lösungen muss versucht werden, die Belastungen auf die Beschäftigten des PP Nordhessen in Grenzen zu halten und trotzdem die innere Sicherheit in unserem Zuständigkeitsbereich zu gewährleisten. Dies wird den Polizeibeschäftigten gelingen, wie dies in der Vergangenheit immer bei der Polizei der Fall war. Nicht ohne Grund kann die Polizei nach wie vor für sich die höchsten Vertrauenswerte bei der Bevölkerung verbuchen. Das soll auch so bleiben. Deshalb sind der Dienstherr und auch die Vorgesetzten aufgefordert, die Motivation ihrer Beschäftigten zu fördern und zwar nicht zuletzt durch einen vernünftigen mit den Gewerkschaften ausgehandelten Tarifabschluss, eine aus meiner Sicht erste „vertrauensbildende Maßnahme.

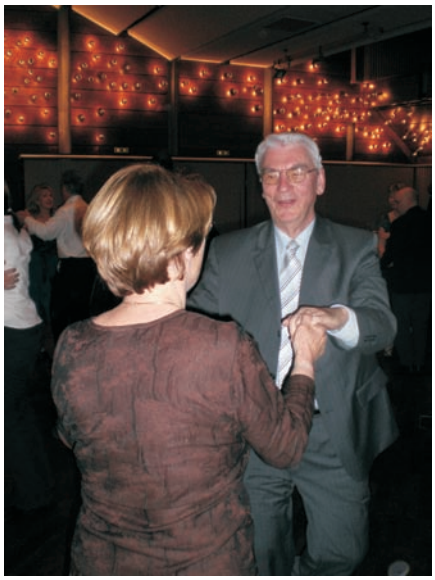
Klaus Vestweber
PR Vorsitzender

Ball der Polizei 2008

- Kreisgruppe Kassel -

In der Stadthalle Baunatal fand am 1. November 2008 der 5. Ball der Polizei statt.

Der Vorsitzende der Kreisgruppe Kassel – Norbert Birnbach – konnte rund 200 Gäste zu dieser schon traditionellen Veranstaltung begrüßen. Darunter befanden sich Politiker der Region, Gewerkschaftsfreunde, die Zisselhoheiten in ihren schönen Kostümen, sowie der Polizeivizepräsident Herr Alfons Hoff mit Gattin.



Auch professionelle Tanzpaare und –gruppen, die unseren Ball der Polizei schon aus vergangenen Jahren kennen und schätzen gelernt haben, waren wieder dabei.

Ob Standardtänze, Oldies oder Disco, Rock oder Pop, dass abwechslungsreiche und mitreißende Programm der Showband ONE & Six traf jeden Geschmack. Ihre Professionalität, Erfahrung und das persönliche Engagement lassen ihre Bälle und Galas zu einem unvergesslichen Erlebnis werden.

Eine Stimmungskanone ersten Ranges war der Conférencier und Starparodist Frank Raimond. Er begeisterte die Zuschauer und Zuhörer mit Parodien, Humor und Gags am laufenden Band. Mit Wolfgang-Petry-Perücke und Freundschaftbändchen ausstaffiert, tobte er über die Bühne, ob Sprüche, Gestik oder musikalische Parodi, Raimond lässt stets den musikalischen Dampfhammer kreisen und das Volk tobt.

Als gegen 2.00 Uhr die letzten Gäste und Tänzer den Saal verließen, konnte man mal wieder auf eine erlebnisreiche und gelungene Ballnacht zurückblicken.

Irene Franiek - Kassel

Die GdP- Bezirksgruppe - bietet jetzt noch günstiger an:

Die Geschenkidee zu Ostern, Geburtstage und vieles mehr

Eintrittskarten zum Vorzugspreis für GdP Mitglieder

für die Kristall-Weserbergland-Therme in Bad Karlshafen

Tageskarte Erwachsene mit Sauna
für nur **14,60** (statt 18,90)

Erhältlich bei Volker Zeidler, PP Nordhessen, Tel.: 0561/910-1011

Im Dialog

Die GdP trifft sich mit der Wachpolizei in Nordhessen

Die GdP Nordhessen und die Kreisgruppe Kassel hatten es organisiert und zu einer Gesprächsrunde eingeladen.

Vor einigen Monaten war ich bei Volker Zeidler im Personalratsbüro und habe mit ihm über unsere Situation diskutiert. So, wie es im Moment läuft, kann es für die Wachpolizei nicht weitergehen. Volker hat mir dann vorgeschlagen, eine Initiative für die Kolleginnen und Kollegen in der Wachpolizei zu starten und dazu den Vorsitzenden der GdP Offenbach, Matthias Schack, der selbst der Wachpolizei des PP Südosthessen angehört, einzuladen.

Die GdP stellte den Kontakt her und – es hat dann doch etwas gedauert – kam Matthias ins Polizeipräsidium Nordhessen im Grünen Weg.

Der gut gefüllte Tagungsraum, fast 25 Kolleginnen und Kollegen aus unserem Präsidium waren gekommen, hatte eine weihnachtliche Atmosphäre, aber die Themen waren alles andere als besinnlich, weil unsere dienstliche Situation nicht so einfach ist.

Während der Vorstellungsrunde ging schon die Diskussion los. Die zentrale Forderung war, für die Wachpolizei die Polizeizulage einzuführen. Ich hatte einen entsprechenden Antragsvorschlag schon bei der Kreisgruppe Kassel eingebracht, der das Ziel hat, mit dem Landesvorstand die generelle Gewährung der Polizeizulage für unsere Berufsgruppe durchzusetzen. Matthias Schack berichtete, dass er genau den gleichen Antrag bei seiner Bezirksgruppe Südosthessen eingebracht hat.

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Frage der angekündigten BAT Vc Eingruppierung. Damit uns noch einmal klar wird, über was wir sprechen: Bei unserer Einstellung im Jahr 2000 hieß es immer, dass ein Drittel der Wachpolizeistellen auf BAT Vc Stellen geführt wird. Volker Zeidler erläuterte, dass die Frage dahingehend formuliert werden müsse, wie sich die Landesregierung eine entsprechende Eingruppierung vorstellt und ob sie bereit ist, für diese Stellen (das sind rund 80 aus dem ersten Kontingent), auch die entsprechenden Finanzausstattung sicherzustellen.

Die Eingruppierung der Ordnungspolizei bei den Kommunen wurde ebenfalls in der mit BAT Vc vergleichbaren TVÖD-Gruppe vorgenommen. Entsprechend muss auch die Arbeitsplatzbeschreibung aussehen. Für uns bedeutet das, unsere Vorgesetzten sind hier gefordert, sich für uns einzusetzen. Gegebenfalls bedarf es – so Matthias Schack – auch einer Klage, um die entsprechende zutreffende Eingruppierung durchzusetzen.

Wir erörterten die Problematik des Unfallschutzes und der Verfahrensweise bei langen Ausfallzeiten, wie sie gerade nach Dienstunfällen vorkommen können. Matthias Schack erklärte, dass für die ersten 6 Wochen zumindest keine Nachteile entstünden. Danach greife zwar die Regelung des Krankengeldes, das ja nur eine Zahlung von 68 % der Bezüge sicherstellt, aber es gibt auch Ausgleichszahlungen.

Unterschiedlich bewertet wird eine Übernahme der Objektsicherung in der IV. HBPA durch private Sicherheitsdienste. Dadurch besteht grundsätzlich die Gefahr, dass für viele von uns die Schichtzulagen wegfallen. Matthias Schack konnte vom PP Südosthessen berichten, dass durch die Einrichtung einer zweiten „Präsenzstreife“ der Ausfall der Tätigkeit „Bewachung III. HBPA Mühlheim“ eine Weitergewährung der Zulagen möglich sein wird.

Nach 2 Stunden Meinungsaustausch war klar, dass wir unser Schicksal auch ein Stück weit selbst in die Hand nehmen müssen. Wenn wir uns nicht wehren, wird auch nichts passieren. Es war ein erster

Einstieg in einen Dialog über die Wachpolizei. Und Matthias Schack will die „Wachpolizeiforen“, die vor zwei Jahren schon mit gutem Erfolg durchgeführt worden waren, wieder über den Landesvorstand initiieren. Er nahm auch mit, dass nach der Landtagswahl im Januar und der Regierungsneubildung dringend Gespräche zwischen dem Landesvorstand und dem Ministerium – gerade hinsichtlich der Gewährung einer Polizeizulage – geführt werden müssen.

Ich glaube, mit Matthias Schack haben wir einen guten Interessenvertreter gefunden.

Romio Zeytun
Kreisgruppe Kassel

Mehr Kohle heißt die Parole

Bericht von den Aktionstagen der GdP in Hannover und in Hessen

Als wir Anfang des Jahres zu dem Aktionstag der Polizei in Hannover aufgerufen haben, rieb sich der eine oder andere verwundert die Augen und stellte uns die Frage, warum wir in Hannover für die Beschäftigten der anderen Bundesländer auf die Straße gehen wollten, wo doch Hessen bekanntermaßen nicht mehr Mitglied der Tarifgemeinschaft ist.

Außerdem hatten hier die Verhandlungen noch gar nicht begonnen.

Um es noch einmal zu verdeutlichen, sei hier gesagt, dass selbstverständlich das Ergebnis der Tarifverhandlungen für die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) auch Richtschnur für die hessischen Verhandlungspartner und den erwarteten Abschluss ist. Also bestand

Jahreshauptversammlung 2009

Herzliche Einladung

zur

Jahreshauptversammlung
der GdP Kreisgruppe Kassel

Mittwoch, den 1. April 2009, 13.30 Uhr,
Nebenräume Kantine PP Nordhessen

Gäste:
Jörg Bruchmüller, Landesvorsitzender der GdP Hessen
Bezirksgruppenvorsitzender Volker Zeidler

Tagesordnung u.a. Nachwahlen für den Vorstand

Für jeden Teilnehmer halten wir ein kleines Präsent bereit.

Mit kollegialen Grüßen
Für den Vorstand

Norbert Birnbach

Kreisgruppe Kassel

ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Hannover und dem Aktionstag in Hessen am 12. Februar.

Doch der Reihe nach: Am 3.2. fuhren wir mit dem Bus nach Hannover. Im Bus waren knapp 40 Beschäftigte des PP Nordhessen, des PP Osthessen und der Bundespolizei. Die größte Einzelgruppe stellte – wieder einmal – die Kreisgruppe Melsungen. Deshalb ein besonderer Dank an Jürgen Klotzbach, den Kreisgruppenvorsitzenden, der es versteht, seine Kolleginnen und Kollegen immer wieder zu motivieren.

Als wir am späten Vormittag in Hannover ankamen, warteten auf dem Parkplatz am „Schützenplatz" schon zig Busse aus der gesamten Bundesrepublik. In einem Sternmarsch ging es dann in die Innenstadt auf den Opernplatz. Dort fand vor 14.000 angereisten Kolleginnen und Kollegen die Kundgebung statt. Neben dem Vorsitzenden von ver.di, Frank Bsirske, sprach natürlich auch Conny Freiberg. Sehr kämpferisch prangerte er die Bereitschaft der Bundesregierung und der Länderregierungen an, die Banken als Verursacher der Krise auch noch stützen zu wollen, aber den eigenen Beschäftigten gegenüber als Diätköche auftreten zu wollen. Wörtlich bezeichnete er die Finanzkrise als Folge der „Raff- und Geldgier von „Kapitalisten-Junkies".

Es war eine eindrucksvolle Veranstaltung, die dazu führte, dass mittlerweile ein Angebot der Arbeitgeber vorliegt, das aber aus Sicht der Gewerkschaften ungenügend ist. Wir sind jedenfalls mit unserem Bus wieder nach Kassel in der Erwartung und der Hoffnung, den Kolleginnen und Kollegen eine angemessene Solidaritätsbekundung gezeigt zu haben.

In Hessen sollte dann gut eine Woche später, am 12.2. der erste „Warnstreik" in Form einer Protestveranstaltung, besser in einer Reihe von Protestveranstaltungen folgen, um auch für unser „isoliertes" Bundesland Druck in den Tarifverhandlungen zu erzeugen.

Die Bezirksgruppe hatte sich aufgeteilt: An der Veranstaltung auf dem Kasseler Opernplatz nahm eine kleine Delegation der GdP teil, in Giessen tagte an diesem Tag die Große Tarifkommission gemeinsam mit dem Landesvorstand der GdP und so wurde an beiden Orten von Kasseler Kolleginnen und Kollegen protestiert.

Während in Kassel rund 1500 Kolleginnen und Kollegen auf die Straße gingen und damit ihre Arbeit niederlegten, waren es in Gießen rund 450 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, die dort auf dem Kirchplatz standen und der eisigen Kälte trotzten.

Insgesamt hoffen wir, mit diesen Aktionen die richtige Sprachregelung für die Arbeitgeberseite gefunden zu haben: Rechnet mit uns, wir sind bereit zu kämpfen!

Jörg Bruchmüller hatte jedenfalls die Forderung der Gewerkschaften auf den Punkt gebracht: Kein Verzicht mehr für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst – Mehr Kohle heißt die Parole!

Damit sollte allen Leserinnen und Lesern klar sein, dass diese Tarifauseinandersetzung noch lange nicht vorbei sein wird. Sowohl unser Protest in Hannover, als auch unsere Aktionen in Gießen und Kassel waren notwendig und zeigen Wirkung.

Für die Bezirksgruppe Nordhessen
Simone Sauerländer
Irene Franiek

Das aktuelle Interview – heute: LPD Jürgen Diehl

Für das aktuelle Interview dieses Reports konnte die Redaktion den Leiter der Abteilung Einsatz des PP Frankfurt, LtPD Jürgen Diehl gewinnen. Er ist wegen seiner bisherigen hessenweiten Verwendung in verschiedenen Führungspositionen den meisten Kolleg/innen bekannt. Als Gesamteinsatzleiter „Flughafenausbau" erfasst sein planerischer Einfluss flächendeckend fast alle Kolleg/innen in Hessen. Die Fragen wurden ihm von Andreas Grün gestellt.

LPD Jürgen Diehl

1994 wurde Jürgen Diehl nach Abschluss des Studiums an der PFA Münster-Hiltrup zum Polizeirat ernannt – und dann in Kassel und Lich bei der HBP als stellvertretender Abteilungsleiter eingesetzt. Hier war seine besondere Aufgabe der Aufbau einer Bereitschaftspolizeiabteilung sowie die Planung und Durchführung zahlreicher Einsätze in Hessen und in anderen Bundesländern. 1997 wechselte er zur PD Schwalm-Eder, die er mehrere Jahre leitete. Ein besonderer Schritt war die Berufung in die „PG Umorganisation" im HMdI, wo er an der größten Strukturreform der hessischen Polizei mitarbeitete. 2001 leitete Jürgen Diehl kommissarisch die IV. HBPA in Kassel. 2003 wurde als Polizeidirektor Leiter der PD Marburg.. Doch einmal Reisender, immer Reisender. Jürgen Diehl wurde im Jahr 2006 erneut ins LPP berufen, um an den polizeilichen Maßnahmen nach einem möglichen TE-Anschlag und den Vorbereitungen zur WM 2006 zu arbeiten. Noch im gleichen Jahr kam er wieder nach Frankfurt als LtPD und Leiter des Einsatzstabes. Jürgen Diehl wurde Leiter dieser großen Abteilung, wo er 1978 als Streifenbeamter im Einsatz gewesen war.

POLIZEIREPORT: Die Einsatzlage Flughafen Frankfurt ist angelaufen. Wie beurteilen sie die Einsätze bisher und was ist noch verbesserungswürdig?

Ich bin mit dem Verlauf der Einsatzlage bisher zufrieden. Die umfassenden technischen, logistischen, organisatorischen und taktischen Vorbereitungen der Hessischen Polizei haben sich ausgezahlt. Gravierende Probleme, die Anlass geboten hätten, grundlegend andere Strategien zu verfolgen, hat es nicht gegeben. Es wurde viel neue Technik - u. a. im Bereich der Versorgung - eingesetzt. Dass es dabei gerade in den ersten Tagen zu Startschwierigkeiten kam, musste einkalkuliert werden. Ich denke, wir haben hinreichend nachgebessert und die Probleme zufrieden stellend gelöst. Durch das engagierte und professionelle Vorgehen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist es m. E. bisher sehr gut gelungen, dass konfliktträchtige Situationen sehr gut gemeistert wurden. An unserer Neutralität sind keine Zweifel aufgekommen. Bei uns lag die Deutungshoheit der relevanten Ereignisse und der polizeilichen Maßnahmen. Ich bin froh, dass wir keine gewalttätige Eskalation hatten.

POLIZEIREPORT: Wir haben alle noch die Bilder der schweren Auseinandersetzungen in den 80er-Jahren beim Bau der Startbahn 18 West im Kopf. Die Proteste um den Flughafenausbau 2009 sind mit denen von damals nicht zu vergleichen. Was hat sich verändert?

Ich glaube, dass es für diesen Veränderungsprozess keinen monokausalen Erklärungsansatz gibt; die Ursachen sind vielfältig und facettenreich. Ausschlaggebend dürften einerseits gesellschaftspolitische und wirtschaftsstrukturelle Gründe sein. Die 80er-Jahre lassen sich nicht mit der heutigen Zeit vergleichen. Zu jener Zeit wurde in vielen Lebensbereichen polarisiert. Der Flughafen wurde damals vielfach noch als Ort der „Elite" angesehen. Heute gehört „Fliegen" weitgehend zum Alltag. Daneben scheinen mir gegenwärtig besonders die elementaren Schwierigkeiten der Weltwirtschaft das Thema Flughafenausbau zu überlagern. Andererseits waren die Auseinandersetzungen um die Startbahn 18-West von der Protestbewegung einer ganzen Region um den Flughafen Frankfurt/M. geprägt. Unterwandert von gewaltbereiten Autonomen und geprägt von einem Hassbild gegenüber der Polizei gab es dann die gewalttätigen Auseinandersetzungen, deren Bilder ich noch gut in Erinnerung habe. Heute haben wir es in erster Linie mit einem bürgerlichen Protest der Bewohner betroffener Kommunen zu tun, die den Rechtsweg beschritten haben und jetzt durch Demonstrationen/Aufzüge ihren Unmut über politische und gerichtliche Entscheidungen in die Öffentlichkeit tragen. Daneben gibt es die Gruppe nicht in der Region wohnender Aktivisten, die durch viele phantasievolle Aktionen, insbesondere im so genannten „Waldbesetzercamp" versuchen, den Flughafenausbau als Bedrohung und Gefährdung des Alltagsleben darzustellen. Alle Dramatisierungs-, Personalisierungs- und Emotionalisierungsbemühungen dieser Personen waren darauf ausgerichtet, zu mobilisieren und linksextremistische Kreise/gewaltbereite Autonome für gemeinsame Ziele zu gewinnen. Dieses ist den Störern bisher nicht gelungen. Dazu hat sicherlich auch das bisherige Einschreiten der Polizei beigetragen. Ein Initialereignis, das der Polizei ausschließlich die Rolle des Durchsetzers des staatlichen Machtanspruchs zuschreibt, konnte von den Agitatoren nicht konstruiert werden. Das Gegenteil ist der Fall. Die Polizei zeigt sich kommunikativ, sucht den Dialog

und gestaltet ihre Maßnahmen transparent und konsequent.

POLIZEIREPORT: Viele Kolleg/innen klagten gerade in der Anfangszeit über die für uns nicht nachvollziehbare schnelle Umstellung vom Vier-Schichten-Dienst zum TENF. Wie kam es ohne erkennbare Not dazu?

Grundsätzlich ist das TENF-Modell geeignet, kurzfristig starke Kräfte der Alarmhundertschaften der Flächenpräsidien in den Einsatz zu bringen. Die Kräfte des „E"-Tages stehen sowohl für den gesamten Tag als auch für die folgende Nacht planerisch zur Verfügung. Nicht differenziert vorliegende und belastbare Lageeinschätzungen vor dem Beginn des Einsatzes am 20.1.09 führten in enger Abstimmung mit dem LPP zu der Entscheidung, vom normalen Vier-Schicht-Rhythmus auf das TENF-Modell umzustellen, um sehr flexibel mit starken Kräften auf mögliche Aktionen reagieren zu können. Nachdem das Lagebild klarer war, hat sich die Gesamteinsatzleitung sehr frühzeitig für den Verzicht auf das TENF-Modell ausgesprochen.

POLIZEIREPORT: Durch die kurzfristigen Einsätze am Flughafen kam es in der Vergangenheit zu Engpässen bei der Betreuung der Kinder. Die erforderliche Betreuung stellte die Kolleg/innen vor kaum lösbare Aufgaben. Die vom Gesetz vorgegebene Vereinbarkeit von Familie und Beruf geriet ins Wanken. Wie sieht der Gesamteinsatzleiter dieses Problem und wie kann es bestmöglich gehandelt werden?

In den zurückliegenden Einsätzen am Flughafen wurden nie mehr als das jeweilige Regelkontingent der Alarmhundertschaften der Flächenpräsidien und des PP Frankfurt eingesetzt. Das heißt, mit Ausnahme des PP Frankfurt (fünf Züge) und des PP Westhessen (vier Züge), maximal eine Hundertschaft der übrigen Flächenpräsidien. Gerade durch die Umstellung auf den Vier-Schicht-Rhythmus und das TENF-Modell können diese Alarmhundertschaften in erster Linie aus Überhangkräften des normalen Tagesdienstes und nur ergänzend aus Kräften im „2. Frei" bzw. im „E"-Tag gestellt werden. Ich gehe davon aus, dass einzelne Härtefälle durch die jeweiligen Präsidien individuell gelöst wurden. Ein Wanken der gesetzlichen Forderung von Vereinbarkeit von Beruf und Familie kann ich bei weitem nicht erkennen. Zu solchen Fällen muss es schnelle und pragmatische Lösungen geben – für alles andere hätte ich auch kein Verständnis.

POLIZEIRPORT: Zwischenzeitlich wurde der TENF wieder auf den normalen Dienst umgestellt. Müssen die Kolleg/innen mittelfristig mit einer nochmaligen Umstellung rechnen?

Mit dem 28.2.09 endet für die Fraport AG die Möglichkeit der Fällung von Waldflächen für den Ausbau des Flughafens. Die Fällarbeiten werden erst am 1.9.09 fortgesetzt. Aufgrund der Erkenntnisse aus der ersten Rodungsphase kann man davon ausgehen, dass sich die Intensität des Protestes maximal wiederholen wird. Diesem können wir mit den Kräften der Bereitschaftspolizei und den Kräften der Alarmhundertschaften begegnen, die uns grundsätzlich aus dem Regelbetrieb zur Verfügung stehen. Insofern kann eine nochmalige Umstellung für die Einsatzmaßnahmen am Flughafen nahezu ausgeschlossen werden.

POLIZEIREPORT: Wie schätzen Sie die Entwicklung nach dem 31.3.09 ein? Wird es zu einer

GdP-Seminar für Frauen

Familie und Beruf
Stressmanagement, Work-Life-Balancing

27. bis 29. April 2009
in Zella-Willingshausen

Frauengruppe
der Gewerkschaft der Polizei

Anmeldeschluss: 13. März 2009

Hintergrund:	Das Seminar richtet sich an Frauen, die durch die Mehrfachbelastung Familie, Haushalt und Beruf (Schichtdienst) oft hohen psychischen und physischen Anforderungen im Alltag ausgesetzt sind. Dies hat nicht nur Auswirkungen auf die Lebensqualität, sondern letztlich auch auf die Gesundheit (laut WHO sind 80% aller Erkrankungen stressbedingt).
Ziel:	Ziel des Seminars ist es zum einen, die individuellen Stressfaktoren und „Energieräuber" zu erkennen und Veränderungsmöglichkeiten anzuregen, zum anderen die Selbst-Wahrnehmung zu sensibilisieren, um Stressreaktionen frühzeitig zu erspüren und ihnen adäquat zu begegnen.
Inhalte:	Unter Einbeziehung der persönlichen Erfahrungen und bisherigen Bewältigungsstrategien im Umgang mit Stress, lernen die Teilnehmerinnen weitere Methoden kennen: ⇨ **als präventive Maßnahme, um sich auf eine bevorstehende Belastung vorzubereiten** ⇨ **zur kurzfristigen Erleichterung, um in einer Situation das eigene Erregungsniveau zu senken** ⇨ **nach starken Belastungen, um schneller das innere Gleichgewicht wiederzuerlangen** ⇨ **als regelmäßiges Übungsprogramm zur Psychohygiene und zur Burn-out-Prophylaxe**
Seminarleitung:	Barbara Schaller-Knop Gewaltprävention Konfliktlösungen Stressmanagement Barbara Schaller-Knop, Entspannungspädagogin, Mediatorin, Anti-Gewalt-Trainerin, Selbstbehauptungs- und Ju-Jutsu-Trainerin, seit 14 Jahren selbstständig tätig in der Gewaltprävention, davor 15 Jahre angestellt im Gesundheitswesen, verheiratet, zwei Kinder im Alter von 19 und 15 Jahren

Dauerlage Flughafen kommen und mit welchen Belastungen müssen die Kolleginnen und Kollegen rechnen?

Es war im Vorhinein klar, dass die Polizei mit unterschiedlichem Kräfteansatz über die gesamte Bauzeit hinweg präsent sein muss. Daher wurden auch alle Anstrengungen in Richtung Aufbau einer funktionsfähigen Befehlsstelle, eines nahen Versorgungsstützpunktes für die Einsatzkräfte sowie umfangreicher Infrastruktur, wie zum Beispiel Funkversorgung, unternommen. Absehbar wird diese Dauereinsatzlage jedoch grundsätzlich mit Kräften des HBPP zu bewältigen sein. Die Gesamteinsatzleitung hat den Kräfteansatz kontinuierlich reduziert. Ab dem 1.3.09 sollen tagsüber nur noch vier Gruppen und nachts drei Gruppen eingesetzt werden.

POLIZEIREPORT: Das letzte Wort gehört Ihnen. Was möchten Sie den Kolleginnen und Kollegen noch mit auf dem Weg geben?

Ich möchte mich schon jetzt bei allen eingesetzten Beamt/innen bedanken. Alle bisherigen Einsätze am Flughafen liefen ohne spektakuläre Zwischenfälle ab. Dies ist letztendlich auch dem besonnenen und verantwortungsbewussten Auftreten der Einsatzkräfte zu verdanken. Ich hoffe, dass die individuellen Belastungen der Kolleg/innen sich in Grenzen halten und niemand bei den weiteren Einsätzen zu Schaden kommt.

POLIZEIREPORT: Vielen Dank für die Bereitschaft den Kolleginnen und Kollegen das viel diskutierte Thema „Einsatz-Flughafen" aus Sicht des Gesamteinsatzleiters darzustellen.

Lehrgangstreffen

Der PAL 67c, Dienstbeginn 1.10.1969 trifft sich

Zeit: 2. Oktober 2009, ab 17.00 Uhr

Ort: Gaststätte/Restaurant Düsseldorfer Hof, Zwehrener Weg 2, 34121 Kassel

Meldungen an: Volker Zeidler, PP Nordhessen

Seniorenfahrt der GdP Nordhessen

Weil wir in den letzten beiden Jahren sehr viel Erfolg mit unseren Seniorenfahrten hatten, wollen wir das auch in 2009 wiederholen.

Wir fahren am

am Dienstag, den 30. Juni 2009

nach Thüringen ins

Geplanter Fahrtverlauf:

Treffen gegen 07.30 h, Fahrt nach Merkers/Thüringen, Besichtigung des Bergwerks – ein Areal in der Flächengröße des Stadtgebietes München, Mittagsrast und kleiner Spaziergang, Rückfahrt und Einkehr in die

Brauscheune Haldorf

Rückkehr gegen 20.00 h.

Kostenbeitrag: 20,00 pro Person

Kurt Grede Hilmar Lorenz Dieter Brack

Personalnachrichten

WIR GRATULIEREN:

Zum 50-jährigen Gewerkschaftsjubiläum
Kurt Schwarzer
Adolf Strohmenger
Hans Dieter Sutor
Renate Weißenborn
Gerhard Zill
KG Kassel

Zum 40-jährigen Gewerkschaftsjubiläum
Günter Eckhardt
Dieter Haldorn
Jutta Janzik
Peter Wiederhold
Günther Wittich
Roland Ziegler
KG Kassel

Zum 25-jährigen Gewerkschaftsjubiläum
Jürgen Wolf
Frank Knierim
Franz Fleischer
Volker Pieper
KG Kassel

Zum 70. Geburtstag
Manfred Lohwaser
Manfred Heidt
KG Kassel

Zum 85. Geburtstag
Heinrich Christ
KG PASt. Kassel

Zum 90. Geburtstag
Walter Ebeling
Anna Kühlewind
KG Kassel

Zum 95. Geburtstag
Ludwig Heckmann
Heribert Jankowski
KG Kassel

Wichtige Meldung - Wichtige Meldung

Bundesarbeitsgericht fällt bedeutendes Urteil

Das Bundesarbeitsgericht in Erfurt hat am 20.Januar 2009 (Az. 1 AZR 515/08) ein für Gewerkschaften bedeutendes Urteil gefällt.

Einer tarifzuständigen Gewerkschaft ist es erlaubt, sich an Arbeitnehmer über deren betriebliche E-Mail-Adresse mit Werbung und Informationen zu wenden. Das gilt selbst dann, wenn die private Nutzung der E-Mail-Adresse vom Arbeitgeber ausdrücklich verboten wurde.

Die Betätigungsfreiheit einer Gewerkschaft ist durch das Grundgesetz geschützt (Artikel 9 GG, Abs. 3, Satz 1). Auch wenn das Eigentum des Arbeitgebers durch das Grundgesetz ebenfalls geschützt sei, gehe die Betätigungsfreiheit vor, da die Nutzung durch die Gewerkschaft in dem ausgeurteilten Fall weder den Betriebsablauf nennenswert stört noch zu Belastungen für das Unternehmen geführt hat. (Az.: 1 AZR 515/08).

Hierbei entsteht natürlich auch die Frage, ob man Streikaufrufe per E-Mail übersenden darf. Nach Meinung von Christian Rothländer, ver.di Landesbezirk Hessen, bezieht sich die Störung des Betriebsablaufes offensichtlich auf den technischen Vorgang des Versendens und nicht den Inhalt der Mail.

Simone Sauerländer

Terminkalender auf einen Blick

Rhetorik-Training
Gesprächsführung
16.-18. März 2009
in Willingshausen-Zella, Hotel Bechtel

Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Kassel
am 1. April 2009, 13.30 Uhr
im Polizeipräsidium Nordhessen, Kantinennebenräume

Sicherheitstraining für PKW-Fahrer
am 25. April 2009 in Baunatal-Hertingshausen

Alle Seminare kostenlos für Mitglieder
Anmeldungen jetzt möglich

Beiratssitzung der GdP
am 28.04.09 in Hofheim/Ts.

Veranstaltung Wachpolizei
voraussichtlich am 7.5.09 im Bürgerhaus Gießen- Kleinlinden, 13.00 Uhr

Seniorenfahrt der Bezirksgruppe Nordhessen
am 30 06.2009 ins Erlebnisbergwerk Merkers

Seniorennachmittag der Bezirksgruppe Nordhessen
in Kassel, Bootshaus PSV Grün-Weiß, Auedamm
am Freitag, den 21.08.2009

Beachparty der KG Kassel
im Bootshaus PSV Grün-Weiß, Auedamm, am Freitag, den 21.08.2009 ab 19.00 Uhr

E-Mail an:
gdpppks@t-online.de